

presse

Globale Märkte ohne illegales Holz schaffen

Zur abschließenden Lesung des Gesetzes gegen den Handel mit illegal eingeschlagenem Holz, kurz HolzSiG, erklärt die zuständige Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion Petra Crone:

Der Anteil illegalen Holzes liegt heute schätzungsweise bei drei bis sechs Prozent. Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt jeden Schritt, der diesem Raubbau an der Natur einen Riegel vorschiebt. Es wird noch ein langer Weg sein, bis Deutschlands Holzeinfuhr zu 100 Prozent aus legalen Quellen stammt, erklärt Petra Crone.

Es wird noch ein langer Weg sein, bis Deutschlands Holzeinfuhr zu 100 Prozent aus legalen Quellen stammt. Der Anteil illegalen Holzes liegt heute schätzungsweise bei drei bis sechs Prozent. Würden nur die Tropenholzimporte gezählt, läge der Anteil wohl um einiges höher.

Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt jeden Schritt, der diesem Raubbau an der Natur einen Riegel vorschiebt. Durch den europäischen Aktionsplan "Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor«, kurz FLEGT, können holzreiche Länder mit der EU freiwillige Partnerschaftsabkommen schließen. Wir bekommen die Garantie: Holz aus dem Partnerland ist legalen Ursprungs. Die Partnerländer erhalten im Gegenzug Wissen und Hilfe bei der Umsetzung von nachhaltiger Waldwirtschaft. Ohne Nachhaltigkeit wird es nicht gehen. Das gilt im Übrigen auch für den deutschen Wald.

Ein Gesetz gegen den Handel mit illegal eingeschlagenem Holz kann aber nur so gut sein, wie dessen Umsetzung gelingt. Wer tatsächlich etwas gegen den Import illegalen Holzes erreichen will, muss auf ausreichende Kontrollen am Zoll, den Aufbau eines europaweiten Datenaustauschs und wissenschaftliche

Methoden zum Herkunftsnachweis auf der Höhe der Zeit setzen.

Es darf aber auch nicht verschwiegen werden, dass der Erfolg der Partnerschaftsabkommen im Wesentlichen von der politischen Situation in den Ländern abhängen wird. Die Unterstützung von guter Regierungsführung auch im Rahmen der FLEGT-Maßnahmen bleibt daher von zentraler Bedeutung. Hier steht Minister Niebel in der Verantwortung.